

Konservative Stadtratsmehrheit hat sich Bürgerwillen verweigert

Die Stadtratssitzung vom 10. 10. 2013 entsprach eher einer Sitzung des früheren Politbüros der SED, als einer freien, das Volk präsentierenden parlamentarischen Vertretung.

Der geschlossenen Block der Allianz von CDU und Linken ließen keine abweichenden Meinungen zu. Leider ließen sich Stadtratsverordnete (insbesondere der CDU), denen keine Prägung durch den totalitären Staat DDR nachgesagt werden kann, von Wortführern dieser Allianz (Rauner/Brzyk) beeinflussen. Stadtverordnete von SPD, wie immer in fast jeden Stadtrat, ohne jede eigene Meinung im Schlepptau dieser den Stadtrat beherrschenden Fraktionsgemeinschaft (einzigartig in Deutschland und der marktradikalen Ausprägung der WSFér Linken geschuldet).

Demgegenüber die Fraktion der Bürger für Weißenfels. Unbeachtlich von Formfehlern im Bürgerbegehren Rampenanbindung, sollte der Bürgerwillen respektiert werden, so ihre Kernaussage.

Es kam leider anders.

Die Bürger von Weißenfels sind nunmehr aufgefordert sich das Geschehen und das Ergebnis tief einzuprägen. Die etablierten Parteien, CDU im Schulterschluss mit Linken, sowie SPD und FDP haben in einer entscheidenden Frage einen Verrat an ihren Bürgern begangen.

Dies sollte Konsequenzen zur Kommunalwahl 2014 haben und immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden.

Ihr Vorstand der BI für sozial gerechte Abwasserbeiträge

Appelle an Stadträte zur Info

- Anhörung, Bürgerbegehren

- Anhörung, Klärung von Vorwürfen durch Stadträte gegenüber OBM